

## Internet und Demokratie

Tobias Konitzer

### Politischer Netzaktivismus und die Diktatur der Minderheit

Konservative in Amerika radikalisieren die Republikanische Partei

*Mit dem Internet wurde weltweit der Traum von einer uneingeschränkten Demokratie verbunden. Hierarchielose und barrierefreie Kommunikation würde den Demokratiebegriff in westlichen Ländern dramatisch verändern, die dem Netz eigene Ubiquität und Anonymität würden der Meinungsfreiheit und damit auch Demokratiebewegungen Auftrieb verleihen. Auch wenn heute beide Versprechen als erfüllt gelten, die Gemeinschaft der politischen Internetaktivisten kommt keiner idealtypischen Agora gleich, wie der konservative politische Netzaktivismus in den USA zeigt, durch den die Republikanische Partei zusehends radikalisiert wird.*

Tobias Konitzer

(\* 1986) hat in Dortmund Kulturwissenschaften, Journalistik und Politik studiert und sich in seiner Bachelorarbeit mit dem Einfluss amerikanischer Medien auf den politischen Prozess beschäftigt. Er ist momentan DAAD-Stipendiat am Graduiertenkolleg für Politikwissenschaften der Duke University, USA.

tobias.konitzer@duke.edu

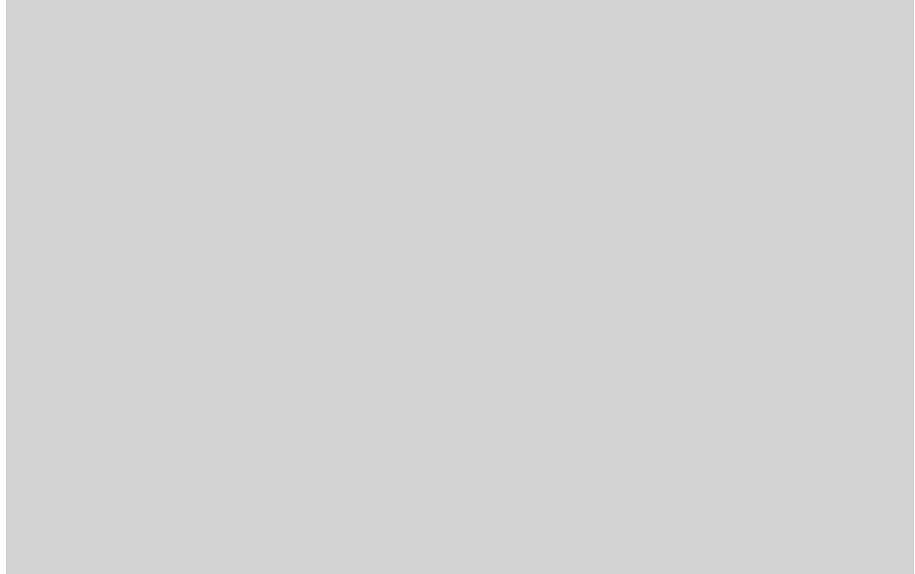


Reiner Zamsen

Am 2. August standen die USA kurz vor der Pleite. Fast hätten sie den finanziellen Verpflichtungen nicht mehr nachkommen können, fast die Bundesbediensteten nicht mehr bezahlen und Stromrechnungen nicht mehr begleichen können. Auch wenn Republikaner und Demokraten in letzter Sekunde die Anhebung der Schuldengrenze beschlossen, hat dieses Schauermärchen erhebliche Folgen. Die Top-Bonität der USA ist von der Ratingagentur Standard & Poor's zurückgestuft worden, die Leitnation des Westens ist bloßgestellt, ja der Lächerlichkeit preisgegeben. Es ist der Preis, den Amerika zahlen muss für eine noch nie dagewesene Polarisierung im Zweiparteienspektrum. In den Verhandlungen zur Anhebung der Staatsschuldengrenze gerieten sich die Republikaner so lange als kompromisslos, bis S&P davon ausgehen muss-

te, dass überparteiliche Anstrengungen zur Bekämpfung der Staatsverschuldung nicht mehr zu erwarten seien. Steuererhöhungen schlossen die Republikaner kategorisch aus; aus dem laufenden Militäretat sollen nur 350 Milliarden Dollar zusammengestrichen werden; die Krankenversicherung für Senioren allerdings, ein Prestigeobjekt der Demokraten, könnte von Kürzungen betroffen sein. Verhandlungsposition der Republikaner war es, den Schuldenberg von über 14 Billionen Dollar, wovon George W. Bush durch zwei Kriege und Steuernachlässe für Superreiche über 6 Billionen im Alleingang beigetragen hat, allein durch Einsparungen zu senken. Eine Position, die insbesondere aufgrund der bleibenden Steuernachlässe gemeinhin als ökonomisch unvernünftig gilt.

Aber wie konnte es soweit kommen, dass die Republikanische Partei, die *Grand Old Party*, wider die Interessen Amerikas handelt, gar dessen weltpolitische Bedeutung aufs Spiel setzt? Die GOP war oftmals, etwa in den frühen 20er Jahren unter Warren Harding und in den 50ern unter Dwight D. Eisenhower, ein Hort fiskalpolitischer Vernunft. Noch George Bush senior fand einen überparteilichen Kompromiss zur



Haushaltssanierung, der auch Steuererhöhungen mit einschloss, eigentlich ein republikanisches Tabu. Amerikanische Wahlen werden nicht nur in der politische Mitte entschieden, große Kompromisse als Antwort auf große Krisen, sogenannte *grand bargains*, auch immer dort geschlossen – bis gestern. Den Grund dafür liefern zum großen Teil rechte Internetaktivisten, denen es zu gelingen scheint, die GOP unter ihre Kontrolle zu bringen und somit die Entwicklung der letzten Jahre zu konterkarieren. Denn nach den desaströsen Vertrauensverlusten der Republikaner in den letzten beiden Amtsjahren von Bush jun. schien sich die Partei zu modernisieren; sie strebte durch die Nominierung John McCains als Präsidentschaftskandidat in die Mitte des politischen Spektrums Amerikas zurück, welches ohnehin von einem grundlegenden Konservatismus geprägt ist. So war auch die Ernennung Michael Steeles zum Vorsitzenden der republikanischen Parteiorganisation zu deuten – der erste Afroamerikaner in diesem Amt stand für den Modernisierungskurs der Partei.

### **Vom *hothouse*- zum *grassroots*-Aktivismus**

Gleichzeitig formierte sich im Netz eine reaktionäre Gegenöffentlichkeit in sogenannten *grassroots*-Netzwerken, die jedem registrierten User die Möglichkeit bieten, ohne redaktionelle Bearbeitung eigene Ansichten zum politischen Diskurs beizutragen. Diese für die republikanische Kernklientel eher experimentelle *bottom-up*-Beteiligungsform entwickelte sich schnell zu einer Bastion der Kritik am republikanischen Modernisierungskurs. Während sich bis 2004 die konservative politische Netzgemeinschaft vor allem in *hothouse*-Modellen begegnete, also redaktionell gestalteten Internetseiten, die zwar auch auf *bottom-up*-Elemente setzten, diese aber selektiv und sorgfältig in die von oben verordnete strategische und parteipolitische Ausrichtung implementierten (somit also Beiträge fernab des vorgegebenen Meinungsspektrums redaktionell zensierten), fasste in der zweiten Amtszeit von Bush jun. unter den Konservativen das *grassroots*-Modell des politischen Netzaktivismus Fuß.

Zu den zu dieser Zeit schnell wachsenden Netzwerken *Townhall*, *Freerepublic* und dem etwas kleineren *American Family Association* gesellte sich *Freedomworks*. Netzwerke, in denen Amerikaner unter dem Banner einer wie auch immer gearteten konservativen Ideologie miteinander diskutieren konnten. Und die Republikanische Partei zeigte sich durchaus beeindruckt von dieser neuen Form des Aktivismus. Entgegen der *hothouse*-Epoche, in der die politischen Meinungen in den spezifischen Netzwerken ja mehr oder weniger dem Kurs der Parteiführung entsprachen, sah sich die Parteiführung auf einmal mit einer unkontrollierbaren Gegenöffentlichkeit konfrontiert, bestehend aus dem Kern der republikanischen Wählerschaft. Der Druck wuchs, dem politischen Impetus der Netzgemeinschaft nachzugeben, bestand doch die Gefahr, bei einer Verweigerung potenzielle Wähler zu verlieren. Ergo bestimmte nun immer öfter nicht mehr die Parteiführung den Kurs, sondern ließ sich von der Netzgemeinschaft treiben.

### Die Agora, die keine ist

Aber warum liefert sich die Partei der Meinung politischer Online-Aktivisten aus? Ihre Strategien scheinen der Meinung zu sein, dass sonst eine massive Wählerabwanderung drohe. Schließlich ist der beschriebene *grassroots*-Aktivismus in gewisser Weise der Idealtypus einer demokratischen Partizipation. Vor allem nach der Überwindung der *digital divide*, der digitalen Spaltung (über 78 % der amerikanischen Bevölkerung nutzen das Internet) scheint die Online-Agora tatsächlich dem antiken Marktplatz zu gleichen, zu dem jeder Wähler freien Zugang hat und dessen Quorum als repräsentativ für die Gesamtbevölkerung bzw. in diesem Fall für das republikanische Wählerpotenzial gilt und somit für die Parteiprogrammatik der größte Anhaltspunkt sein sollte. Genau in diesem

Sinne scheinen die republikanischen Vordenker die eigene *Netzcommunity* zu begreifen: als parteiinterne Agora, die das Meinungsspektrum der Partei kongruent abbildet. Die parteipolitische Ausrichtung müsse folglich, so der Gedanke, die Einstellungen der konservativen Aktivisten der *grassroots*-Netzwerke spiegeln. Genau diese Argumentation hat aber zum krassen Gegenteil, zu einer demokratisch nicht legitimierten Rechtsverschiebung der Partei geführt, die das Spektrum ihrer konservativen Klientel eben nicht maßstabsgetreu abbildet.

Denn wie neue Befunde zeigen, sind die politischen Meinungen derer, die im Netz vor allem in den genannten *grassroots*-Bewegungen aktiv sind, radikaler als die des republikanischen Mainstreams. Zudem sind politische Netzaktivisten wesentlich besser gebildet und verfügen über ein größeres politisches Verständnis. 44 % aller der Republikanischen Partei nahestehenden Amerikaner, die das Netz politisch nutzen, konsultieren Online-Quellen, die ausschließlich republikanische Grundpositionen propagieren, so die renommierte PEW Internetstudie 2010 – ein Trend, der seit 2004 deutlich stärker geworden ist. Für den amerikanischen Juristen, Politaktivisten und Berater Obamas, Cass Sunstein, ist genau dieser Mangel an Auseinandersetzungen mit anderen politischen Positionen Grund für eine Fragmentierung des digitalen Raums in deliberative Enklaven, die Nährboden seien für extreme Ansichten und infolge dessen für eine Polarisierung zwischen politischen Gruppen. Sunstein sieht in seiner Monografie *Republic.com* einen durch die Verlagerung des Politivismus in den digitalen Raum ausgelösten Wegfall von Intermediären, die Gemeinschaftsinteressen verfolgen und Teilhaber des politischen Diskurses, sei es auf der politisch rechten oder auf der politisch linken Seite, mit diesen konfrontieren. In der prädigitalen Zeit waren Zeitungen und Fernsehsender solche Intermediäre. In den deli-

berativen Enklaven im Netz allerdings, die sich auf die Propagierung eines bestimmten politischen Standpunktes spezialisieren, fallen diese weg. Somit werden vor allem jene Online-Aktivisten, deren politische Informationsgewinnung vornehmlich Online stattfindet – 2010 immerhin 24 % – besonders radikalisiert.

Auch wenn die hier beschriebenen Daten recht dünn sind und Sunsteins Thesen größtenteils ohne Empirie auskommen, lassen sich aber doch zwei Trends erkennen: Die Wandlung des rechten Online-Aktivismus von *hothouse* zu *grassroots*, der ihm in den Augen der republikanischen Strategen eine genuine demokratische Legitimität verleiht und infolgedessen für die parteiliche Ausrichtung bedeutend geworden ist, und eine zunehmende Radikalisierung insbesondere des *grassroots*-Netzaktivismus, der im Umkehrschluss die Partei-programmatik radikalisiert, und die auch von der Mehrheit der Internetnutzer selbst angenommen wird (so meinen 55 % aller politischen Internetnutzer in den USA, das Internet verstärke den Einfluss derer mit extremen politischen Ansichten).

### **Politik aus dem Netz als Diktatur der Minderheit**

Die Gefahr einer Überbewertung dieses *grassroots*-Aktivismus liegt in seiner demokratisch verzerrenden Wirkung: Man gibt einer kleinen Strömung Gehör, von der man glaubt, einen Querschnitt durch die eigene Wählerschicht abzubilden, verschafft dabei aber einer Gruppierung über Gebühr Einfluss, die im politischen Spektrum an die extremen Pole drängt. Die Republikanische Partei zieht in blindem Einverständnis mit der Hoffnung, die reaktionäre digitale Gemeinschaft sei die wahre republikanische Agora, die falschen Schlüsse und lässt sich von einer Minderheit den Politikstil diktieren. Sie beugt sich, in Anlehnung an Alexis de Tocqueville, der Dik-

tatur einer vermeintlichen Mehrheit – die aber in Wahrheit keine ist. Wie zwei Beispiele illustrieren sollen, hat sich die Diktion der politischen Ausrichtung aus dem Netz bereits in der politischen Realität niedergeschlagen.

Als Michael Steele den einflussreichen konservativen Publizisten und Radiomoderator Rush Limbaugh als Entertainer abtat, sah er sich einige Tage später gezwungen, nicht nur seinen Kommentar zurückzunehmen, sondern in einem Telefoninterview mit dem Washingtoner Insider-Blog *POLITICO* den Führungsanspruch Limbaughs über die konservativen Strömungen zu betonen. Damit beugte er sich nicht nur dem konservativen Medienstar, sondern vor allem den Aktivisten der konservativen *grassroots*-Netzwerke, die sich zu hunderttausenden in Kommentaren auf die Seite Limbaughs geschlagen hatten.

Auch die *Tea-Party*-Bewegung, die sich in erster Linie als Verfechter einer wortgetreu interpretierten Verfassung und als Beschützer der Mittelschicht vor der ach so sozialistischen Fiskal- und Steuerpolitik der Obama-Administration geriert, ist eine klassische *grassroots*-Bewegung, die im Netz ihren Anfang nahm. Der Staat ist ihr zuwider, und erst recht sind es Einschränkungen der Bürger, allen voran durch Gesetze (etwa zur Waffennutzung) und Steuern. 2010 noch galt die Bewegung in den Worten der *New York Times* als amorph, fraktionalisiert und dezentralisiert, als netzgesteuert. Seitdem ist sie einheitlicher geworden, auch eine Art Parteiprogramm ist vorhanden, der *Contract from America* – natürlich Online. Ideologisch wird die Bewegung aber nach wie vor von *grassroots*-Netzwerken gefüttert, wie *Freedomworks* oder dem von Glenn Beck, dem Medienzaren der *Tea-Party*-Bewegung geprägten Webseite *The Blaze*. In den Verhandlungen um die Anhebung der Schuldengrenze gaben die Republikaner vor allem deshalb die Hardliner, weil – so vermutet *POLITICO* – der *Tea-Party*-Flügel und vor allem seine ideologische Hei-

mat im Netz zu mächtig geworden ist, um von der Parteispitze verprellt zu werden. Der beschriebene Ansehensverlust der USA also, Folge dieser Sturheit, ist zum Teil Konsequenz der überproportionalen Macht der reaktionären Online-Agora in der Republikanischen Partei.

Die Diktatur der Minderheit in den USA ist bittere Realität geworden. Wenn

das Internet den Politikbegriff auch revolutioniert hat, der Souverän muss das gesamte Volk bleiben, und kein Fragment. Die politische Elite tut gut daran, Netzaktivismus ernst zu nehmen – zum Maßstab für ihre politische Programmatik allerdings, das zeigt das amerikanische Beispiel in abschreckender Weise, darf er niemals werden.

Krystian Woznicki

## Der Code des Gemeinsamen

### Julian Assange und das Zusammenleben in der Global City

*Wir müssen uns die heutige Großstadt, die laut Saskia Sassen eine Global City ist, als einen Knotenpunkt denken: Hier kommen fast alle relevanten sozialen Klassen zusammen; hier bündeln sich diverse kritische Infrastrukturen der modernen Welt. Hier schlummert auch das politische Potenzial, das kleinere und größere Veränderungen in Gang setzt. Was bedeutet dies für das moderne Zusammenleben?*

#### Krystian Woznicki



(\* 1972) arbeitete u.a. in Tokio für *Spex* sowie die *Japan Times*. Er ist jetzt in Berlin primär als Kulturtheoretiker und Medienproduzent tätig. Bis 2009 war er Chefredakteur der *Berliner Gazette* und ist seitdem deren Herausgeber. Zus. mit Magdalena Taube gab er 2011 heraus: *Modell Autodidakt*, erschienen bei *Panama*.  
kw@berlingazette.de

Für das politische Potenzial in der *Global City* sind die Aufstände in Tunis und Kairo ein gutes Beispiel. Sie zeigen aber auch, dass es eines Auslösers bedarf, eines Katalysators, damit sich dieses Potenzial entfalten kann. In den westlichen Medien ist diese Rolle Netzwerken zugesprochen worden, so unterschiedlichen wie WikiLeaks, Facebook und Twitter.

Ich bin kein Befürworter dieser Theorie, die, wie ich meine, einem narzisstischen Hype aufsitzt. Dennoch glaube ich: Wir müssen die Rolle von WikiLeaks als Katalysator ernst nehmen. Es geht mir

dabei nicht um vormals geheime Regierungsinformationen, die WikiLeaks veröffentlicht hat und die mit Blick auf die Aufstände immer wieder als Ursache herbeizitiert werden. Es geht mir vielmehr darum, die WikiLeaks-Veröffentlichungen als ein Ereignis zu begreifen, das Menschen in neuer Weise miteinander zusammenbringt. Menschen, die sonst nebeneinander ihren Interessen nachgehen, fangen jetzt an, ihre Kräfte zu bündeln. Um es mit den Worten des Cyberphilosophen Franco Berardi zu sagen: »Die Lektion von WikiLeaks ist die Aktivierung von Solidarität, Komplizenschaft und Kollaboration unter diversen Akteuren der flexibilisierten Arbeitswelt: Hardware-Techniker, Programmierer, Journalisten, etc. arbeiten Hand in Hand mit dem gemeinsamen Ziel vor Augen, die totalitäre Macht zu destabilisieren.«

In diesem Kontext ist die Großstadt deutlich als ein Ort des politischen Um-